

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

31.12.1930 (No. 304)



Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
G. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjähr. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Rabat abgezogen wird und berechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, etwaiger Weisung und Kontostundenfall der Redaktion fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckbogen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger und des Zentralblattes für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags, Deutsches Handbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Schulplan-Lehrstoffgestaltung an den Oberrealschulen

Vom Unterrichtsministerium wird berichtet: Einige Zeitungen verbreiten die Meldung, die badische Unterrichtsverwaltung beabsichtige eine Lehrplanveränderung für Oberrealschulen, bei welcher der deutsche Unterricht wesentlich gefördert werden solle. Diese Nachricht ist falsch. Seit vielen Jahren schon wird das Bedürfnis nach einer Reform des Lehr- und Stundenplanes an Oberrealschulen anerkannt. Die Überlastung der Schüler durch zu viele Unterrichtsstunden ist eine unbestrittene Tatsache. Reformvorschlüsse zur Beseitigung dieser Abstände wurden im Laufe der Zeit verschiedene gemacht. Zuletzt erhielten eine Anzahl Direktoren von Oberrealschulen sowie die in Frage stehenden Fakultäten der badischen Universitäten den Entwurf einer Stundentafel und einer Lehrstoffverteilung zur Stellungnahme übermittelt, der auf Grund von Berichten verschiedener Organe an das Ministerium zusammengestellt worden war. Eine abgeschlossene Stellungnahme des Ministeriums kommt in ihm keineswegs zum Ausdruck. Nach Einlauf der Rückäußerungen steht nun erst die Entscheidung des Ministeriums darüber bevor, ob diese Reform überhaupt jetzt durchgeführt wird. Auf alle Fälle aber wird dem deutschen Unterricht die seiner Bedeutung zukommende Stellung gewahrt bleiben.

Verbot sog. Marschübungen

Es liegt Veranlassung vor, auf die Bekanntmachung des Ministers des Innern vom 21. Oktober 1930 — Karlsruher Zeitung, Staatsanzeiger vom 21. Oktober 1930, Nr. 245 — hinzuweisen, wonach auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung alle Ansammlungen und Versammlungen unter freiem Himmel verboten sind.

Darunter fallen, wie von zuständiger Seite bemerkt wird, auch die sogenannten Sportmärsche, Marschübungen und ähnlichen Veranstaltungen von politischen Verbänden.

Neujahrsgedanken 1931

Von Reichskanzler Dr. Brüning

Das Jahr 1930 werden Millionen und aber Millionen unseres Volkes mit einem gewissen Scheiden sehen; gut, daß wir es hinter uns haben! Denn es war ein schweres Jahr, ein Jahr, das uns viel zu schaffen machte. Die Konjunktur von 1927/28 setzte ihren Abstieg von 1929 bis in das Tal einer tiefen Depression fort und machte Millionen deutscher Volksgenossen erwerbslos. Die Finanzverhältnisse des Reiches, der Länder und Gemeinden wurden kritisch, Depression und Krisis der Finanzen nährten das Mißtrauen in unserem Volke, ob das Leben und das Wachstum unserer Nation mit der gegebenen verfassungsmäßigen Ordnung der politischen Kräfte am besten gewährleistet seien. Es wurden Bewegungen groß, die über dieses Mißtrauen hinaus die gegenwärtige Ordnung unserer politischen Verhältnisse als des Ruins des Staates und der Nation Schuldige anlagten und sich anheißig machten, Volk, Staat und Kultur aus ihren Grundfesten, ihrem Blute und ihrer Tatkraft erneuern zu können. Solche Bewegungen waren vorzuziehen. Sie zeigen sich stets einige Zeit nach einer politischen Neuordnung, weil dann die hinter der Umgestaltung Zurückgebliebenen sich im Angriff auf sie mit neuen finden, die von ihr enttäuscht sind, weil nicht alle ihre Blütenräume reifen. Von außen fanden die innerpolitischen Erregungen Rindstoff an der allgemeinen politischen Unruhe in der Welt sowie an der Abneigung der Mächte, in den Fragen der Abrüstung der deutschen Tributpflichtung sowie der Souveränitätsverhältnisse im Osten eine schöpferische, d. h. die Völker beruhigende, Gegner verständende, die Kultur der Menschheit fördernde Politik zu aktivieren.

Politischer Verstand oder Unverstand sind bei uns wahrlich nicht weniger als bei anderen Völkern das Reservat bestimmter sozialer Schichten oder Berufe. Im Gegenteil finden wir überall beides in hohen Graden. Dasselbe läßt sich auch sagen von der praktisch-politischen Betätigung. So kommt es, daß unser politisches Leben so mannigfaltig ist, daß es darin quillt und bräut, daß „immer etwas los ist“, daß es aber auch so schwer ist, eine sachliche, d. h. wirkliche Politik nach wohlüberlegten Richtlinien auf Jahre oder gar Jahrzehnte herabzusetzen, zu betreiben, wie es doch eigentlich sein muß. Dennoch aber hat sich im abgelaufenen Jahre soviel politisches Verständnis äußern und durchsetzen können, daß wir den Finanzen wieder — trotz der fortschreitenden Depression — eine festere Grundlage geben konnten. Und was geordnete Finanzen nach den verschiedenen Richtungen hin bedeuten, sollte allgemein bekannt sein. Wir haben so dann manches tun können, um den Ablauf der Konjunktur

zu erleichtern. Die Arbeitslosenversicherung — die weit mehr ist als ihr Name besagt — konnte besonders dank der Arbeitnehmerschaft selbst in ihren Leistungen gefördert werden. Wie denn überhaupt unser ganzes staatliches, soziales und wirtschaftliches Leben glücklicherweise, und ich sage es ausdrücklich dabei, keineswegs nur durch die Tätigkeit der politischen Organe, sondern mindestens ebenso sehr durch die Tätigkeit und Ordnungstreue aller Vernünftigen in Stadt und Land vor den Katastrophen bewahrt geblieben ist, die zeitweilig ernsthaft drohen. Wenn es aber heute gibt, die da meinen und ausrufen, wir hätten ja schon mitten in der großen Katastrophe drin, so kann man demgegenüber nur sagen: Sie wissen nicht, was sie reden.

So stehen wir an der Schwelle zwischen dem alten und dem neuen Jahre wie Männer, die von schwerer, gar nicht ästhetischer Arbeit kommen und die Spuren davon an sich tragen, und die wissen, daß sie morgen wieder so herangehen müssen, weil das Werk ja noch längst nicht fertig ist, ja, die wissen, daß es überhaupt nie fertig wird, weil Politik eine Seite des Lebens ist und also auch dauert, solange es Leben gibt. Aber wie echte Werkleute, die einmal ein Werk begonnen haben, es freudvoll nicht bei der halben Sache bewenden lassen, so werden auch wir von der Gestaltung unserer Verhältnisse zum Besseren, zu Höherem nicht ablassen, solange Leben und Kraft in uns ist. Leben und Kraft aber haben wir, das hat uns das Ringen des Volkes im ablaufenden Jahre bewiesen.

Freilich muß die Kraft diszipliniert sein, soll sie aufbauen und nicht zerstören. Das gilt überall von ihr, aber wenn ich an der Schwelle zum neuen Jahre uns allen und mit politisch etwas ganz Tiefes und Großes wünsche darf, dann ist es dieses: möge unser Volk in seiner Gesamtheit, also in allen Schichten, Berufen und Ständen und Lebensaltern, zunehmen in der Fähigkeit und Geschicklichkeit, seine großen Anlagen und unererschöpflichen Kräfte richtig zu behandeln und einzusetzen — besonders im Politischen —, möge es also einsehen, daß alle praktische Politik Aufbau ist, daß aber alles Aufbauen nicht darin besteht, daß alles zugleich getan wird, sondern daß ein Stein sich auf den anderen fügt. Zerstören geht viel rascher als Aufbauen, geht — sozusagen — gleichzeitiger und ohne besondere Geschicklichkeit. Mag sein, daß deswegen so viele dafür sind, daß zunächst einmal zerstört wird. Lernen wir schämen, was wir haben, suchen wir, es zu erhalten und zu verbessern! Dazu gehört mehr Mut als zum Zerstören. Aber dazu gehört auch noch anderes, nämlich: Fleiß, Ausdauer, Geduld, immer erneutes Prüfen und Wägen ohne Haß und Neid (denn sie machen blind) und stetige Arbeit, die geringe Dinge auch dann gering nimmt, wenn sie sich wichtig geben und wichtige Dinge wichtig nimmt, auch wenn sie kaum auffallen. Und lernen wir Maß halten nicht nur im Politischen selbst, sondern auch in den Forderungen an unsere Politik. Sie kann viel, aber sie kann die Menschen nicht glücklich machen.

Es drängt mich, gerade heute diese Bedingungen und die Grenzen jeder Politik hervorzuheben, einmal, um vor Illusionen zu warnen, ihnen folgt die Enttäuschung, der Enttäuschung aber allzu oft nur das Verlagen im Bereiche des sonst Möglichen. Sodann aber meine ich, daß jeder die in ihm ruhenden Kräfte um so besser zur Wirkung bringen wird, je mehr er erkennt, wie er damit beitragen kann zum Gelingen in dem großen Geschehen, das wir Politik nennen. Die Aufgaben, die diese uns stellt, sind nicht neu; wir haben sie ja auch nur einen Augenblick — gleichsam wie Augenblicke — im Frühschein des neuen Jahres betrachtet. Wir begrüßen dieses Jahr als Männer mit Erfahrung und Hoffnung und wenden uns morgen wieder dem unvollendeten Werke zu.

Reichspräsident von Hindenburg an den Reichskanzler

BRB. Berlin, 31. Dez. (Tel.). Reichspräsident von Hindenburg hat an den auf kurzem Urlaub in Badenweiler weilenden Reichskanzler Dr. Brüning nachstehendes Telegramm gerichtet:

Im treuen Gedenken spreche ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche für erfolgreiche Arbeit und persönliches Wohlergehen im neuen Jahre aus.

Mit freundlichen Grüßen
gez. von Hindenburg.

Der Reichspräsident an die Wehrmacht

Zum Jahreswechsel erläßt der Reichspräsident folgenden, an die Wehrmacht gerichteten Aufruf:

An die Wehrmacht!
Am 1. Januar 1931 besteht die Reichswehr ein Jahrzehnt in der Form, die ihr der Vertrag von Versailles bestimmte. In Zeiten tiefster vaterländischer Not wurde sie unter meinem Amtsvorgänger geschaffen. Trotz aller ihr auferlegten Fesseln hat sich die Wehrmacht als Hort des äußeren und inneren Friedens, als eiserne Klammer des Reichs und als feste Stütze des Staats erwiesen. Das ihr zu treuen Händen übergebene Erbe der alten Armee und Marine hat sie gut verwaltet. Ich danke der Wehrmacht für die Arbeit dieses Jahrzehnts und entbiete ihr meine herzlichsten Wünsche zum neuen Jahr. Möge sie weiterhin ihre Ehre darin sehen, in Gehorsam und treuer Pflichterfüllung dem Vaterlande zu dienen.

Berlin, den 31. Dezember 1930.
Der Reichspräsident: gez. Hindenburg.
Der Reichswehrminister: gez. Groener.

* Neujahrsrückblick

II.

Die Reform unseres ganzen Finanz- und Wirtschaftssystems ist eine Riesenaufgabe, zu deren Bewältigung ein außergewöhnliches Maß von Fähigkeit und Tatkraft, Umsicht und Geschicklichkeit gehört. Selbstverständlich kann man nicht im Handumdrehen etwas ändern, an dessen Entfaltung 15 Jahre gearbeitet haben. Der besonnene und kluge Staatsmann wird auch hier nicht nach den Grundfragen der Revolution, sondern nach den Geboten einer vernünftigen Evolution verfahren. Auch dann werden sich Eingriffe gewaltiger Art nicht vermeiden lassen.

Das verfloßene Jahr hat uns unter der Kanzlerschaft Dr. Brünnings eine Politik gebracht, die zweifellos ganz systematisch eine Reformierung und Sanierung unseres gesamten Finanz- und Wirtschaftssystems beabsichtigt. Manchem mag das bisher Erreichte nicht genügend erscheinen. Aber eine solche Kritik berücksichtigt doch viel zu wenig die Hemmnisse, die dem Reichskanzler durch gewisse Bestimmungen der Verfassung und durch unsere Parlamentsbetriebe entgegenstehen. Die Methode der Notverordnungen ist ja gewiß nichts, was man in der Laune des Augenblicks beschließt. Um das Zurückgreifen auf den Artikel 48 der Reichsverfassung politisch und moralisch rechtfertigen zu können, muß man vorher alle anderen Möglichkeiten erschöpft haben. Und das hat Reichskanzler Dr. Brüning getan. Er ist sonach auf der Linie des demokratisch-parlamentarischen Staates geblieben. Er hat lediglich die letzten Konsequenzen des demokratischen Staatsprinzips gezogen, indem er mit seinem Kabinett, gestützt auf die Verfassung und die Autorität des Reichspräsidenten, selber das unternahm und verantwortete, was das Parlament in seiner Zerrissenheit und Uneinigkeit nicht zu vollbringen vermochte.

Als das Parlament das eine Mal mit Mehrheit gegen die Notverordnungen stimmte, wurde es aufgelöst, und Neuwahlen fanden statt. Im neugewählten Parlament war die Mehrheit klüger: sie hütete sich, die Außerkräftsetzung der neuen Notverordnungen zu verlangen, und lieferte dadurch, daß sie über die Mißtrauensanträge zur Tagesordnung überging, dem Kabinett auch die parlamentarische Grundlage für sein weiteres Amtieren.

Die Riesenaufgabe der Reform und der Sanierung hat jedenfalls Reichskanzler Dr. Brüning mit einer Energie angepackt, die ihm für immer einen Platz unter den bedeutenden Staatsmännern unserer neuesten Geschichte sichern wird. Und er hat dabei alle die Erfolge errungen, die nach Lage der Dinge überhaupt zu erringen waren. Er selbst hat nie ein Geßl daraus gemacht, daß diese Erfolge die Voraussetzung abzugeben haben für die weitere Reformarbeit. Und wir dürfen darauf vertrauen, daß Dr. Brüning sich über die Größe und Eigenart dieser Arbeit nicht eine Sekunde im Unklaren ist.

Wer die Politik des Jahres 1930 gerecht beurteilt, der muß die Leistungen Dr. Brünnings vergleichen mit dem, was früher geschehen ist oder — besser gesagt — nicht geschehen ist. Seit dem Herbst 1923 haben wir es zum erstenmal wieder erlebt, daß eine Idee unsere innere Politik regiert, und daß ein klarer Wille hinter diesem Regiment steht. Und, wenn nicht die Dinge schon so schrecklich verfahren gewesen wären, und wenn nicht die Weltwirtschaftskrisis als neues Unheil noch dazugekommen wäre, dann würde Dr. Brüning noch viel rascher Gutes haben schaffen können und dann würde auch rein ziffermäßig seine Anhängerschaft im deutschen Volke viel größer sein, als das angefühlte der beklagenswerten Radikalisierung der Massen faktisch der Fall ist.

An dieser Radikalisierung ist Dr. Brüning nicht schuld. Würde man in den letzten sechs Jahren nach seinen Rezepten und mit seiner zielbewußten Fähigkeit Politik getrieben haben, dann wären wir ganz sicherlich in eine Krisis so gefährlicher Art nie hineingeraten. Und weil dem so ist, verdient dieser Kanzler das Vertrauen aller Staatsbürger, die in ruhiger und tatkräftiger, positiver aufbauender Arbeit die große Krisis überwinden wollen.

Einstweilen steht der Reichskanzler allerdings einem Radikalismus gegenüber, wie er schroffer in der neuesten Geschichte Deutschlands noch nicht erlebt worden ist. Die Reichstagswahlen vom 14. September erbrachten ein Anwachsen des Nationalsozialismus, das man nicht

Beilage: Amtliche Niederschrift über die 5. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

für möglich gehalten hätte. Und seitdem haben einzelne Wahlen regionaler Art gezeigt, daß die Flut noch keineswegs im Bereiben begriffen ist. So oder so wird man sich mit dieser Bewegung, die heute etwa eine halbe Million eingeschriebener Mitglieder umfaßt und am 14. September 6½ Millionen Stimmen erhielt, auseinandersetzen haben.

Diese Auseinandersetzung ist allerdings politisch und psychologisch so ziemlich das schwierigste Problem, das überhaupt bis jetzt der inneren Politik unseres Volkes, soweit sie Politik der Parteien ist, gestellt war. Es wird bezeichnenderweise nicht einmal die Reichspolitik sein, auf deren Boden hier die Entscheidung fällt, sondern die preussische Politik. In demselben Augenblick, in welchem in Preußen Neuwahlen ausgeschrieben werden, und damit die bisherige Koalition unter Führung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun vom Schauplatz abtritt, wird das Problem dieser Auseinandersetzung in eine neue Phase seiner Entwicklung eingetreten sein.

Es gibt Millionen von deutschen Volksgenossen, die an das Emporkommen des Nationalsozialismus große Hoffnungen knüpfen. Wenn es dem Nationalsozialismus wirklich gelänge, diese Hoffnungen zu befriedigen, das heißt praktisch die jetzige Krise zu überwinden, dann würde nicht der geringste Anlaß bestehen, ihn zu bekämpfen. Da aber die Krise eine Wirtschaftskrise ist, und zu ihrer Überwindung vor allem ein großes Maß wirtschaftspolitischer Einsicht und Erfahrung gehört, wird man die Hoffnungen so vieler Millionen doch einigermaßen skeptisch zu betrachten haben. Denn bisher ist theoretisch und praktisch wenig bekanntgeworden, was den Nationalsozialismus wirtschafts- und sozialpolitisch das richtige Rezept in den Händen hätte. Sollte man sich in dieser Skepsis täuschen, nun dann um so besser.

In einer Beziehung hat das verfloßene Jahr eine erfreuliche Radikalisierung der Gefühle hervorgerufen, und hier ist es gottlob eine Radikalisierung, die das ganze Volk umfaßt. Es handelt sich dabei um die Lebensfragen unserer Außenpolitik. Natürlich besteht auch heute noch ein gewaltiger Unterschied zwischen den außenpolitischen Wünschen eines Nationalsozialisten und eines Sozialdemokraten. Aber in einer Reihe entscheidender Punkte hat sich doch eine sehr zu begrüßende Annäherung der Auffassungen ergeben. Und das Reichskabinett hat nicht geögert, sich zum Träger dieser einmütigen Auffassungen zu machen. Daß das in den durch den diplomatischen Laft gebotenen Formen geschieht, versteht sich von selbst.

Gewiß ist im verfloßenen Jahre das Rheinland geräumt worden. Das ganze deutsche Volk hat sich darüber von Herzen gefreut. Aber diese Räumung war ja nach dem Locarnopakt und nach dem Zustandekommen des Youngplans eine Selbstverständlichkeit. Sonst ist nichts geschehen, was unsere berechtigten nationalen Wünsche auch nur im geringsten befriedigen könnte.

Nachwieder werden wir bedrückt durch das Unrecht des Friedensvertrags, durch seine aberwichtigen Grenzbestimmungen im Osten und durch die Entwaffnungsparagrafen. Solange der „polnische Korridor“ besteht, wird es einen deutschen Nationalismus geben, und bis zu einem gewissen Grade wird das ganze Volk diesem Nationalismus anhängen.

Das jämmerlichste Kapitel der Außenpolitik aber ist das der allgemeinen Abrüstung und des Schutzes der Minderheiten. Hier hat das verfloßene Jahr uns und der ganzen Welt bis zum Überdruß gezeigt, daß bei der eigenartigen Einstellung Frankreichs und seiner Schützlinge von dem Völkerverbund nichts zu erwarten ist. Das nächste Jahr wird die deutsche Außenpolitik ganz ernsthaft vor die Frage stellen, ob die Teilnahme Deutschlands an diesem Völkerverbund überhaupt noch einen Zweck hat.

Daß diese Enttäuschungen nationaler Art die Stimmung unseres Volkes nicht verbessern konnten, das mußte sich jeder vernünftige Betrachter des Auslands von selbst fagen. Und die oberflächlichen Greuel haben noch extra die nationale Leidenschaft in Deutschland entflammen müssen. Vor allem die deutsche Jugend ist es, welche diese nationale Schmach nicht mehr zu ertragen vermag. Und diese Jugend liefert ja denn auch dem Radikalismus der Rechten seine meisten Anhänger.

In finanz- und wirtschaftspolitischer Hinsicht hat das verfloßene Jahr den Beweis erbracht, daß der Youngplan unerträglich ist und revidiert werden muß. Deutschland kann die Reparationszahlungen, die ihm in diesem Plan noch immer zugemutet werden, nicht aufbringen. Diese Zahlungen sollten überhaupt von der Bildfläche der großen Politik verschwinden. Unsere früheren Gegner haben sich an den Besitzümern des besiegten Deutschlands bis jetzt berartig bereichern können, daß eigentlich jeder weitere Pfennig, der für Reparationen bezahlt wird, moralisch ein Unrecht ist. Aber auch finanz- und wirtschaftspolitisch sind diese Reparationen ein Ünding. Sie lassen Deutschland nicht hoch kommen, und sie zwingen uns zu einer Exportpolitik, die wiederum grade für unsere Gläubigerstaaten eine schwere Konkurrenz bedeuten muß.

Man kann nur hoffen, daß das kommende Jahr neue Konferenzen bringt, die von einem vernünftigeren Geist befeuert sind, als die bisherigen, und daß auf diesen Konferenzen das Reparationsproblem in einer verständigen Weise ein für allemal erledigt wird. Und, wenn wohl auch die Streichung der Reparationen kaum zu erhoffen

ist, so wäre doch eine Reduktion der Zahlungen auf ein erträgliches Maß und auf eine kürzere Zeitspanne auch schon gleichbedeutend mit der Verabschiedung dieses gefährlichen Problems. (Schluß folgt.)

Letzte Nachrichten

Deutschland und die Ratstagung Stimmungen der englischen Presse

W.D. London, 31. Dez. (Priv.-Tel.) Die Londoner Presse beschäftigt sich heute morgen eingehend mit dem Verhältnis Deutschlands zum Völkerverbund. Sie berührt in diesem Zusammenhang auch die Stellung der Nationalsozialisten zur Regierung. Wie der Genfer Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, wird im Völkerverbundsekretariat bestätigt, daß Dr. Curtius beschlossen habe, auf den Vorkis bei der nächsten Ratstagung zu verzichten. Nach dem Bericht dieses Korrespondenten herrscht hier der Eindruck vor, daß im Falle einer gegen Deutschland gerichteten Entscheidung in der Winderbeiratsfrage in Deutschland eine lebhaftige Agitation gegen den Völkerverbund einsetze werde. Man werde den Versuch machen, die Reichsregierung zum Austritt aus dem Völkerverbund zu bewegen.

Im gleichen Sinne berichtet ein bekannter englischer Journalist, der kürzlich in Deutschland war und in der „News Chronicle“ sagt, daß durchaus gemäßigte Deutsche ihm gegenüber von der Möglichkeit eines Austritts Deutschlands aus dem Völkerverbund gesprochen hätten. Der Berliner Korrespondent der „Times“ meint, die verantwortlichen Personen könnten nicht der Versuchung widerstehen, die nationalsozialistische Bewegung für die Erlangung von mindestens einigen politischen Erfolgen auszunutzen, was nach ihrer Ansicht die Lage in Deutschland bessern würde. Der Korrespondent steht dieser Ansicht skeptisch gegenüber.

Englische Entschädigungsforderung an Frankreich

W.D. Paris, 31. Dez. (Tel.) Nach dem „Echo de Paris“ soll in der zweiten englischen Note über die Bezahlung der im englischen Besitz befindlichen französischen Kriegsanleihe in Gold die Leistung einer Jahreszahlung von 100 Millionen Papierfranken gefordert werden, falls die englischen Ansprüche nicht befriedigt werden. Sollte die französische und die englische Regierung sich nicht einigen können, so würde die Londoner Regierung die Angelegenheit einem Schiedsgericht unterbreiten.

Nach dem „Matin“ handelt es sich bei den im englischen Besitz befindlichen französischen Kriegsanleihen um eine Summe von 50 Millionen Pfund Sterling. Die betreffenden Anleihefunde seien von englischen Zeichnern in Frankreich gezeichnet worden, die englischen Besitzer könnten daher keine Vorzugsbehandlung beanspruchen, die französischen Anleihezeichner erhielten als Rückzahlung auch nur Papierfranken. Die übrigen Wähler nehmen in dieser Frage gleichfalls gegen England Stellung. So schreibt „Journal“, es sei gegenwärtig nicht der Augenblick, die Beziehungen der beiden Länder zu fördern.

Sechs Banken im Staate Mississippi schließen

W.D. Jackson, 31. Dez. (Tel.) Sechs Banken, deren Depositionen sich auf insgesamt 1 730 000 Dollar belaufen, haben heute im Staate Mississippi geschlossen.

Beamte und Nationalsozialistische Partei in Preußen. In einer kleinen Anfrage mehrerer nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter wurde ausgeführt, der Berliner Polizeipräsident Grafenitz habe öffentlich in einer sozialdemokratischen Versammlung festgestellt, daß die Behauptung, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wolle den gewaltsamen Umsturz, „ungerechtfertigt“ sind. Auf diese Behauptung gründe sich aber, wie die Anfragenden weiter sagten, der Staatsministerialbeschluss, der den Beamten die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verbiete. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob es bereit sei, diesen Beschluss aufzuheben. Wie der Amtl. Preuss. Pressedienst mitteilt, beantwortet der preussische Ministerpräsident die Anfrage mit einem „Nein“.

Polizeikosten an Thüringen überweisen. Das Reich hat dem Lande Thüringen an Polizeikosten bis einschließlich Januar 2 123 000 Reichsmark überweisen. In dieser Summe sind die Zinsen noch nicht einbezogen, jedoch besteht Einigkeit darüber, daß diese gezahlt werden. Die Summe der Zinsen soll nach mündlicher Rücksprache in Berlin errechnet werden.

Kündigung eines Lehrauftrages in Braunschweig. Wie der braunschweigische „Volkshilf“ berichtet, hat der braunschweigische Kultusminister Dr. Franzen dem Professor Paulsen mit Ablauf des Wintersemesters 1930/31 den Lehrauftrag für praktische Pädagogik an der Hochschule gekündigt. Gründe für die Kündigung sind nicht angegeben. Prof. Paulsen ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

Erdbeben und Sturmflut in der Südfsee

W.D. Sydney, 31. Dez. (Tel.) Nach einem Juntspruch des Dampfers „Doris“ hat ein Erdbeben, das von einer etwa 2½ Meter hohen Sturmflut begleitet war, am Weihnachtsabend die in der Südfsee liegenden westlichen Inseln nördlich von Neu-Guinea erschüttert. Auf den zu ihnen gehörenden Molvinseln wurden Häuser und Vieh ins Meer getrieben.

Im Stillen Ozean muß ein Seebeben von ungeheuren Dimensionen stattgefunden haben. Nach einer Neutermeldung aus der chilenischen Stadt Coquimbo befinden sich die Küstenbewohner in erheblicher Aufregung. Unnatürlich grün gefärbte Wellen schlugen gegen die Rüste. Das Wasser strömte einen intensiven Faunusgeruch aus. Er soll auf die Millionen von toten Fischen zurückzuführen sein, die durch Eruptionen auf dem Boden des Ozeans getötet worden sind. Die Küstenbewohner sind davor gewarnt worden, im Meer zu baden. In einzelnen Küstenorten herrscht ungewöhnliche Hitze, auch werden langandauernde Erdstöße wahrgenommen.

Durch die unberechtigten Kredithergabe durch Angestellte einer Depotkassette der Darmstädter & Nationalbank in Frankfurt a. M. ist der Bank beträchtlicher Schaden entstanden. Ohne Wissen der Bankleitung wurde einer Firma ein ungesicherter Kredit in Höhe von 300 000 RM gewährt, von dem etwa 200 000 RM verloren sein dürften. Durch Buchungsmomanipulationen hatten die Angestellten versucht, ihr rechtswidriges Verhalten zu verschleiern. Nach Aufdeckung ihrer Verfehlungen wurden die Beteiligten sofort fristlos entlassen.

Nach Mitteilung der Kölner Kriminalpolizei kommen drei bei Birresborn in der Esfel festgenommene Personen für den Raubüberfall auf eine Bankfiliale in Köln-Rindenthal nicht in Frage.

Ergebnislose Verhandlungen im Ruhrbergbau

Neue Verhandlungen am 7. Januar

Die zwischen dem Völkerverbund und den Bergarbeiterverbänden unter dem Vorsitz des Schlichters Prof. Brahn in Essen geführten Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen, werden aber am 7. Januar fortgesetzt werden. Dieser Termin ist im Einvernehmen beider Parteien bestimmt worden. Man will also noch einen letzten Versuch machen, um zu einer Einigung zu gelangen.

Aus den bisherigen Verhandlungen muß man den Eindruck haben, daß die Gewerkschaften bereit wären, einen 4prozentigen Lohnrückgang zuzustimmen, während die Völkerverbände ihre Forderungen von 12 Prozent bereits auf 8 Prozent ermäßigt hatten. Der Schlichter hat sich offenbar bemüht, die Parteien noch näher aneinanderzubringen, damit eine Einigung auf der mittleren Grundlage von etwa 6 Prozent herbeigeführt werden könnte.

Es ist anzunehmen, daß das Reichsarbeitsministerium zunächst abwartet, wie die für den 7. Januar angelegten Verhandlungen ausgehen. Ein Schiedsverfahren analog dem, wie es bei dem Konflikt in der Berliner Metallindustrie angewandt wurde, kommt zunächst nicht in Frage. Man erinnert sich, daß damals das Schiedsgericht, das aus dem frühesten Reichsarbeitsminister Brauns, Oberbürgermeister Jarres und Prof. Singheim bestand, einen Spruch fällte, der sich von dem des Schlichters nicht erheblich unterschied. Die Entscheidung war von Arbeitgeberseite heftig angegriffen worden, und man befürchtet, daß für die Anwendung eines ähnlichen Verfahrens bei dem Konflikt in der Arbeiterschaft die psychologischen Voraussetzungen fehlen.

Zweifellos bedeute der Ausgang der Verhandlungen und die Kündigung der Bedinge durch die Arbeitgeber eine Verschärfung der Lage, zumal in der Arbeiterschaft auch Streikfraktionen vorhanden sind. Im Augenblick aber kann man nur die Entwicklung abwarten. Die entscheidende Woche wird die vom 7. bis 15. Januar sein.

W.D. Berlin, 31. Dez. (Tel.) In der Presse ist verschiedentlich mit dem Vorschlag des Völkerverbände, die Reichsregierung habe den Bergwerksbesitzern eine 3prozentige Lohnsenkung zugelegt. Seitens des für die Lohnpolitik zuständigen Reichsarbeitsministers wird hingegen festgestellt, daß er eine derartige Anweisung nicht gegeben hat.

Die neue Reichskanzlei

Die Reichskanzlei überfielerte am Dienstag in den Neubau, Berlin, Wilhelmstraße 78.

Der Grundstein zu diesem neuen Dienstgebäude wurde am 18. Mai 1923, am 50. Jahrestag der Gründung dieser obersten Reichsbehörde, gelegt. Es gelang, eine geschickte Verbindung zwischen dem alten Reichskanzlerpalais auf der einen Seite und dem Vorkis-Palais auf der anderen Seite, herzustellen. Das Erdgeschoss enthält neben Dienstwohnungen die Botenmeisterei, Telephonzentrale, Räume für Förstner, Polizei und Kraftwagen, sowie eine Garage, eine größere Halle zum Unterstellen von 30 bis 40 Kraftwagen. Das Hauptgeschoss enthält nach der Wilhelmstraße zu die Arbeits- und Empfangsräume des Reichskanzlers und des Staatssekretärs und die nötigen Vorzimmer, sowie in dem gegen die bahrische Geschäftsstraße zu gelegenen Flügel den Kabinettsaal, einen Väterbesprechungsraum mit Kartei- und Sprechzimmern. Anschließend folgt hier im neuen Gebäude der seit Jahrzehnten als Repräsentationsaal dienende sogenannte rote Salon. Das zweite Geschoss umfaßt die Räume für die übrige Kanzlei.

Ein interessantes Kulturdokument stellt insbesondere der sogenannte Väterbesprechungsraum dar, der 50 bis 60 Sitzungsteilnehmer aufnehmen kann und in dem künftig die Sitzungen und Besprechungen mit den Vertretern großer Organisationen, Wirtschaftsverbände, Parteien, Fraktionsführern und Vätervertretern stattfinden sollen. In diesem Saal ist in erfreulicher Weise das kulturelle Leben und künstlerische Schaffen der vielen deutschen Kulturzentren zur Geltung gebracht worden.

Nationalsozialisten und Regierungsbeteiligung

Die von mehreren Seiten zur Diskussion gestellte Frage einer etwaigen Beteiligung Hitlers an der Reichsregierung wird vom „Völkischen Beobachter“ in einem Artikel beantwortet. Das Blatt erklärt, eine Rechtskoalition auf Grund des jetzigen Reichstags komme für die Nationalsozialisten nicht mehr in Frage und es stehe für die Zukunft auch nicht zur Debatte, ob man Hitler mitarbeiten lassen wolle, sondern mit wem Hitler einst regieren werde. Deshalb komme auch eine Koalition auf Grund des jetzigen Reichstags nicht mehr in Frage. Die Herren wollten im Herbst nicht, in der Hoffnung, die „nationalsozialistische Fieberkurve“ würde wieder zurückgehen. Wir fordern jetzt als erste Tat des Jahres 1931 die Auflösung des Reichstages und des Preussischen Landtages.

Andererseits meldet die „Bahrische Staatszeitung“ aus Berlin, daß gleich nach Neujahr zwischen Beauftragten der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, des Landvolks, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei Verhandlungen über eine gemeinschaftliche Basis zur Sondierung der Aussichten einer Rechtskoalition beginnen solle. Sollte sich eine feste Basis ergeben, so soll das Zentrum zu diesen Verhandlungen hinzugezogen werden. Man will wissen, daß das Zentrum heute solche Verhandlungen nicht mehr grundsätzlich ablehne. Eine feste Bindung zwischen den Parteien ist nicht in Aussicht genommen. Es sollen lediglich Richtlinien für die Innen- und Außenpolitik aufgestellt und die Zusammenfassung einer erweiterten Regierung besprochen werden.

Die Ostreise des Reichskanzlers, an der auch Reichsminister Treviranus, Reichsbankpräsident Dr. Lutzer, der Generaldirektor der Reichsbahn Dr. Dornmüller, sowie eine Reihe von Beamten teilnehmen werden, wird am 4. Januar in Berlin beginnen und nach Besuch zahlreicher Orte, in denen der Reichskanzler und die Herren seiner Begleitung Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch mit führenden Persönlichkeiten finden werden, am 11. Januar, abends, beendet sein.

Ernst Rösselt †. Der langjährige Pressebeirat der deutschen Gesellschaft in Bern, Ernst Rösselt, ist in seinem Arbeitszimmer in der Gesellschaft einem Schlaganfall erlegen. Rösselt, der aus Reichenberg (Schweiz) stammte, war früher langjähriger Chefredakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten“ und Leiter der Auslandsredaktion des Hamburger Fremdenblattes.

Die Einäscherung Dr. Davids erfolgte am Dienstag in Mainz unter Beteiligung der gesamten heffischen Regierung, von Abordnungen der freien Gewerkschaften und Vereine, Angehörigen des Reichsbanners und einer Abteilung der Schupo. Staatspräsident Dr. Adelung feierte den Verstorbenen als Menschen, Gelehrten und Politiker.

Staatskommissare wurden in Preußen für die Stadt Wuppertal, für Bielefeld und Harburg-Wilhelmsburg eingesetzt.

Badischer Teil

Neujahrsglückwunsch des badischen Innenministers an die Polizei

Der badische Innenminister hat anlässlich des Jahreswechsels an Polizei und Gendarmerie folgenden Erlaß gerichtet:

„Den Führern und Beamten der badischen Polizei und Gendarmerie spreche ich für treue Pflichterfüllung im vergangenen, dienlich für sie besonders schweren Jahr meinen Dank aus und verbinde damit die besten Glückwünsche für das kommende Jahr. Ich bin der sicheren Erwartung und festen Überzeugung, daß auch in Zukunft Regierung und Bevölkerung sich auf den badischen Sicherheitsdienst fest verlassen können. Treue um Treue!“

Gezeichnet: Wittmann, Staatspräsident und Innenminister.

Die badischen Gemeinden zur Radiumspende

Am vorigen Montag hielt der Badische Landesverband zur Bekämpfung der Krebskrankheit im Geschäftsgebäude der Landesversicherungsanstalt in Karlsruhe seine Schlußsitzung ab. Dabei wurden die Erfahrungen ausgetauscht, welche bei der am 9. November 1930 stattgefundenen Sammlung für die Radiumspende des badischen Volkes verschiedentlich gemacht worden sind. U. a. konstatierte man, daß die Straßensammlungen nicht den erhofften Erfolg erreicht haben. Der Ausschuß soll weiter bestehen bleiben; einzelnen rührigen Sammlern werden hübsch ausgeführte Graphiken für ihre Tätigkeit überreicht.

Besonders interessant war die Bekanntgabe des Ergebnisses der Sammlung in einzelnen Gemeinden und Städten des badischen Landes. Diese Sammlung hat bekanntlich rund 120 000 RM ergeben. Von den 1545 badischen Gemeinden haben sich 1436 an derselben beteiligt. Nur 109 Gemeinden haben die Durchführung der Sammlung abgelehnt und auch aus der Gemeindefasse keinen Beitrag bewilligt. In 330 Gemeinden hat das Ergebnis 10 Pf. und mehr pro Einwohner ergeben. Die besten 20 Gemeinden verteilen sich auf 14 Amtsbezirke; dabei fallen in die Amtsbezirke Emmendingen, Überlingen, Neustadt und Müllheim je 2, in den Amtsbezirk Sinsheim sogar 3 Gemeinden. In der Reihenfolge des Erfolgs kommen pro Einwohner Nordrach (Mitt. Offenburg) mit 52,6, Tenningen (Emmendingen) 36, Daisendorf (Überlingen) 33, Mglashütten (Neustadt) 31, Grenzsch (Sörrach) 30, Bodschaff (Sinsheim) 28, Aßelfingen (Donauschingen) 27, Schweighof (Müllheim) 27, Waghäusel (Wuchal) 27, Marzell (Müllheim) 26, Tegernau (Schopfheim) 26, Ridenbach (Sickingen) 24,5, Mohrbach (Sinsheim) 23, Gallmannsweil (Stodach) 21, Siegelsbach (Sinsheim) 21, Keilshelm (Emmendingen) 20, Boll (Neustadt) 20, Blumegg (Waldshut) 19, Rommingen (Engen) 19, Sagnau (Überlingen) 18 Pf.

Von den 40 ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden haben je Einwohner einen Bezirksdurchschnitt erreicht: 15 bis mit 5 Pf., 16 über 5 bis mit 7,5 Pf., 8 über 7,5 bis mit 10 Pf. und 1 sogar über 10 Pf.

Auch die 16 verbandsfreien Städte weisen trotz der großen Arbeitslosigkeit recht schöne Durchschnittsziffern auf, und zwar: 5 bis mit 5 Pf., 5 von 5 bis 7,5 Pf. und 5 über 7,5 Pf. Sinsheim und Heidelberg haben einen Durchschnitt von 8, Offenburg von 10 und Weinheim von 12 Pf. erreicht.

Dieses Ergebnis ist im Hinblick auf die schwere Not unserer Zeit durchaus befriedigend; es zeugt davon, daß man im überwiegenden Teil unseres Landes erkannt hat, wie dringend notwendig die Bekämpfung der Krebskrankheit ist.

Eine Neujahrswort der badischen Zentrumspartei

Die badische Zentrumspartei erklärt einen von Dr. Baumgartner als Vorsitzenden gezeichneten Aufruf an die Wählerschaft, worin zunächst des Wiedereinstiegs des großen Führers, Prälat Dr. Schöner, gedacht wird, dessen Vermächtnis allen Parteifreunden heilig sei. Weiter heißt es: „Im Vordergrund steht immer noch das von Gott und Recht wegen voll begründete Verlangen des deutschen Volkes nach einer baldigen, gründlichen Änderung der uns auferlegten Lasten aus den Verträgen. Nur aus einer, das Recht und die wirtschaftliche Kraft unseres Volkes berücksichtigenden Verminderung der Verpflichtungen kann eine Besserung der gesamten Wirtschaftslage der Welt erwachsen.“

Den wahren Völkerrufen können nur die ehrlichste Verständigung und nur solche Verträge bringen, die auf gleichem Recht aller Nationen aufgebaut sind, und alle Nationen gleich berechnen, aber auch gleich verpflichten. Im Hinblick auf die ungeheure Arbeitslosigkeit sagt der Aufruf: „Es ist Aufgabe nicht nur der verantwortlichen staatlichen und kommunalen Stellen, sondern es muß auch heiligste Gewissenspflicht aller im Wirtschaftsleben leitend und gestaltend tätigen Kreise sein, alles zu tun, um die Arbeitslosigkeit und die materielle Not, wie auch das seelische Leid zu lindern.“

Zum Schluß wird betont: Nicht die zersetzende und zerstörende Kritik und nicht der Radikalismus von links oder rechts, der das Fundament des Staates bedroht, auch nicht einseitige Standespolitik kann helfen, sondern nur die tiefinnerlich gefühlte echte und praktische tätige Volksgemeinschaft, die das Wohl aller Stände fördern will, kann die Rettung bringen.

Weiterbetrieb der Strecke Busenbach-Brötzingen

Die bereits gemeldete Stilllegung der Bahnstrecke Busenbach-Brötzingen findet vorläufig nicht statt, nachdem zwischen der Rotgemeinschaft für den Weiterbetrieb dieser Bahnstrecke und der Bleg die geplante Vereinbarung zustande gekommen ist, wonach die Bleg den Betrieb auf dieser Bahnstrecke an allen Tagen des Monats Januar 1931 nach einem auf den Bahnhöfen ausgehängten, eingeschränkten, Fahrplan aufrecht erhält.

Aus der badischen Industrie

Übernahme der Sickingen Wagnfabrikation durch ein deutsches Konsortium. Bei der Generalversammlung der in Liquidation befindlichen Gesellschaft für Wagnfabrikation in Sickingen wurde wegen des Betriebes in Sickingen darauf hingewiesen, daß einer sofortigen Stilllegung die deutsche Ge-

gebung entgegengestanden sei, die eine besondere Bewilligung dafür erforderlich mache, und daß Arbeiterentlassungen an Kündigungstermin bis zu zehn Monaten gebunden seien. Daher genehmigte die außerordentliche Generalversammlung vom 5. Dezember das Angebot eines deutschen Konsortiums unter Führung von Dr. Fiedlerberger, das sich bereit erklärte, den Betrieb in Sickingen zum Preise von 323 787 RM zu übernehmen.

Aus der Landeshauptstadt

Geheimerat Bernhard von Bed. Der Direktor des Städtischen Krankenhauses in Karlsruhe, Geheimerat Prof. Dr. von Bed, ist in der Nacht zum Dienstag von einem Herzschlag betroffen, plötzlich gestorben. Geboren am 23. Sept. 1868 in Freiburg als Sohn des früheren Generalarztes des 14. Armeekorps, studierte in Freiburg, Göttingen und Heidelberg, Medizin und war von 1890 bis 1897 unter Geheimerat Prof. Dr. Czerny Assistenzarzt der chirurg. Abteilung der Heidelberger Universitätsklinik. Auch wirkte er als Dozent und Professor an der Ruperto Carola, bis am 1. April 1897 seine Berufung als Chefarzt der chirurg. Abteilung an das Städt. Krankenhaus in Karlsruhe erfolgte. Am 1. Januar des folgenden Jahres übernahm er den Direktorposten, nachdem er einen Ruf als Direktor an die kaiserlich-ottomanische Universitätsklinik und als Professor an die Universität Konstantinopel abgelehnt hatte. Geheimerat von Bed war ein ausgezeichneter Chirurg und weit über die badischen Landesgrenzen hinaus bekannt.

Colosseumtheater. Die Direktion hat sich entschlossen, für die erste Januarwoche die große Kriminal-Ausstattungsrevue „Der schwarze Diamant“ zu engagieren. Die Anregung hierzu ist der Wunsch, dem Karlsruher Publikum etwas ganz außergewöhnliches zu bieten. „Der schwarze Diamant“ wurde von Direktor Max Goldberg im August d. J. in Berlin in dem großen Lichtspieltheater „Sichtburg“ uraufgeführt und erzielte dort zu einer Zeit, wo bei glühendstem Sonnenschein und brüderlicher Hitze sämtliche Unterhaltungsstätten Berlins vor Leere gähnten, einen Riesenerfolg. „Der schwarze Diamant“ schildert die Jagd hinter einem gestohlenen Diamanten um den Erdball in spannender, aufregender und zugleich lustiger Weise. Die Rollen sind durchweg von prominenten Berliner Darstellern besetzt. Außerdem weist die Revue Soloeinlagen von hervorragender, artistischer Qualität auf. Direktor Max Goldberg, der die Revue geschrieben hat, zeigt sich dem Karlsruher Publikum persönlich als Dirigent der großen verärrlichen Orchester. Auf die am Freitagabend, abends 8 Uhr, stattfindende Premiere sei nochmals besonders hingewiesen.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. von heute morgen: Ein neuer Barometerhoch ist erfolgt und hat bis zur Feldhöhe vorübergehend rauwetter gebracht. In der Ebene ist die Temperatur heute früh auf über 10 Grad Wärme gestiegen. Von Nordwesten rücken jetzt kühlere Luftmassen heran. Weiterausfluten: Unbeständig, zeitweise noch Niederschläge, allmählicher Temperaturrückgang, im Gebirge Wiederherstellung des winterlichen Frostwetters. **Wasserstände:** Waldshut 225 +1, Basel 36 +1, Schuttertal 94 +3, Rehl 285 -1, Maxau 419 +12, Mannheim 320 +16, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Ein Verleumdung

Dr. Bruchsal, 31. Dez. In einer Privatklage des Reichsfinanzministers a. D. Köhler gegen den Maurer Josef Schwarz jr. in Ringolsheim kam ein Vergleich zustande, dessen § 1 wie folgt lautet:

„Der Privatbelleagte Josef Schwarz jr., Maurer in Ringolsheim, gibt folgende Erklärung ab: „Am Montag, den 1. Sept. 1930 habe ich im Hotel Riez in Ringolsheim über den Privatkläger, Herrn Reichsfinanzminister a. D. Dr. Heinrich Köhler, folgende behauptet: Dr. Köhler hat gestern abend gelogen; wenn ich genollt hätte, ich hätte ihn hinstellen können. Meine Frau hat eine Schwefelkerze, und die kann bezeugen, daß Köhler ein Haus hat in Freiburg und eines in Neckargemünd. In Neckargemünd hängt eine Tafel am Haus mit der Aufschrift: „Villa des Reichsfinanzministers a. D. Dr. Heinrich Köhler.“ Meine Schwägerin war im Dienst bei Dr. Köhler; die weiß es ganz genau. Diese meine Behauptungen sind von mir frei erfunden; ich nehme sie mit dem Ausdruck des größten Bedauerns zurück.“

Nr. 45 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes enthält Verordnungen und Bekanntmachungen des Ministers des Innern: Betriebe, in denen Maler-, Anstreicher-, Tischler-, Tischler-, oder Radierarbeiten ausgeführt werden; Kaffeehäuser in Oberbach; Die Bekämpfung der Kinderüberkultose; Kleiner Grenzverkehr an der deutsch-schweizerischen Grenze.

Dr. Mannheim, 30. Dez. Die Krankenkassenbeiträge zur Allg. Ortskassenkasse in Mannheim wurden mit Wirkung vom 4. Jan. 1931 an auf 6 Prozent des Grundlohnes festgesetzt, wobei aber nach einer Bekanntmachung alle bis jetzt gewährten Mehrleistungen in Wegfall kommen müssen. Die Arbeitgeber hatten gegen die Beitragsfestsetzung auf 6,3 Prozent des Grundlohnes mit Erfolg Beschwerde erhoben.

Dr. Heidelberg, 30. Dez. Die erstmalige Neujahr-Neiterstafette des Neitervereins „Badische Pfalz“ wird bei jeder Witterung in den Vormittagsstunden des 1. Januar stattfinden. Die Stafette beginnt in Heidelberg um 7 Uhr morgens und geht über Bieblingen nach Eppelheim, von dort nach Pfalzstadt über Schwenningen nach Heidelberg zurück. In 17 Orten wird, umrahmt von Musikvortrügen, in Gegenwart der Gemeindeverwaltung und -bevölkerung, die Jahresbotschaft verlesen. Über 300 Reiter von 17 Vereinen nehmen an der Stafette teil. In Heidelberg selbst findet nachmittags auf dem Wilhelmplatz eine reißsportliche Kundgebung statt.

Dr. Konstanz, 30. Dez. Gestern starb hier an einem Herzschlag Schlachthofdirektor Georg Adam Schweinfurth, Schweinfurth war am 15. Januar 1866 in Sinsheim a. G. geboren und im Jahre 1903 übernahm er die Leitung des städtischen Schlachthauses in Konstanz.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	31. Dezember		30. Dezember	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.81	169.15	168.94	169.28
Kopenhagen 100 Kr.	112.10	112.32	112.18	112.40
Italien . . . 100 L.	21.96	22.00	21.97	22.01
London . . . 1 Pf.	20.365	20.405	20.375	20.415
New York 1 D.	4.1940	4.220	4.1935	4.2015
Paris . . . 100 Fr.	16.468	16.508	16.477	16.517
Schweiz . . . 100 Fr.	81.80	81.46	81.45	81.61
Wien 100 Schilling	59.03	59.15	59.02	59.14
Prag . . . 100 Kr.	12.432	12.452	12.445	12.465

Die Reichsdevisennotierung des Statistischen Reichsamts ist im Dezember gegen November um 1,3 Prozent zurückgegangen.

Der Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsamts erredete Aktienindex (1924/26 = 100) stellt sich für die Woche vom 22. bis 27. Dezember 1930 auf 85,0 gegenüber 85,8 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 78,9 (79,6), Gruppe bearbeitende Industrie auf 74,4 (75,0) und Gruppe Handel und Verkehr auf 109,0 (110,0).

Die Saarkohlenpreise. Die französische Kohlenkommission für das Saargebiet hat entsprechend der allgemeinen Herabsetzung der deutschen Kohlenpreise die Notierungen für Saarkohle mit Wirkung vom 15. Januar d. J. herabgesetzt, daß die Spanne zwischen Saarkohlenpreis und Ruhrkohlenpreis von bisher 25 Prozent auf 20 Prozent reduziert wird, eine Ermäßigung, mit der den Interessen der Saarkohlenverbraucher in keiner Weise Rechnung getragen werden kann.

Berlin-Karlsruher Industrie-Werke AG. in Berlin. Der „Berl. Börsenztg.“ zufolge hat sich das Geschäftsjahr 1930 unter Berücksichtigung der schwierigen allgemeinen Wirtschaftslage befriedigend gestaltet. Die Umsätze konnten auf etwa Vorjahreshöhe gehalten werden; ein Umsatzzuwachs ist nicht eingetreten. Angaben über das Ertragnis können noch nicht gemacht werden.

Kupferpreisrückgang. Das amerikanische Kupfererz hat den Kupferpreis um 0,25 Dollarcent auf 10,80 Dollarcent für Nordseeerz erhöht.

Gemeinderundschau

Die Finanzen Karlsruhes

In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der neue Stadtrat Karlsruhe mit einem Antrag zum **Gemeindevoranschlag 1930**, den das Bürgermeisteramt vorlegte. Er sieht gegenüber dem Voranschlag Verschlechterungen im Gesamtbetrag von 1 725 000 RM vor. Dies rührt im wesentlichen her von dem Rückgang der Erträge einer Reihe von Steuern, darunter der Einkommensteuer um 200 000 RM, von der Netto-Mindererinnahme bei der Straßenbahn in Höhe von 300 000 RM sowie von der Steigerung der Fürsorgekosten um 570 000 RM und des Aufwandes für die Krisenfürsorge um 70 000 RM. Mehreinnahmen, insbesondere aus der Grund- und Gewerbesteuer (300 000 RM), Einsparungen beim Zinsendienst (300 000 RM) und durch die Gehaltskürzungen (140 000 RM), insbesondere aber die auf allen Gebieten durchgeführte schärfste Drofflung der voranschlagsmäßigen Ausgaben, haben es möglich gemacht, den genannten Ausfall auf 604 000 RM herabzumindern.

Zu seiner Deckung hat das Bürgermeisteramt vorgeschlagen, die (erhöhte) Biersteuer und die Bürgersteuer nach Maßgabe der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930, erstere mit Wirkung vom 1. Februar 1931 an, letztere für das ganze Rechnungsjahr 1930, einzuführen. Die Biersteuer würde für die Monate Februar und März eine Summe von 50 000 RM ergeben, die Bürgersteuer die Summe von etwa 300 000 RM, zusammen 350 000 RM. Außerdem sollen gewisse Kapitalablieferungen der Straßenbahn im Betrage von 78 000 RM unterbleiben. Die Verschulassung über die Deckung des restlichen Fehlbetrags von 176 000 RM soll ausgeglichen bleiben. Eine Nachtragsumlage, wie sie in den meisten Städten nötig geworden ist, ist nicht in Aussicht genommen. Der Stadtrat hat die Anträge des Bürgermeisteramts abgelehnt. Es muß danach auch in Karlsruhe die Staatsaufsichtsbehörde (Landeskommission) in Tätigkeit treten.

Ferner war im Stadtrat in dessen erster Sitzung durch Mehrheitsbeschluß ein kommunistischer Antrag auf Gewährung von Winterbeihilfen an Erwerbslose und Fürsorgeempfänger angenommen worden, der eine im Voranschlag nicht vorgesehene Ausgabe von 780 000 RM verursacht hätte. Der Oberbürgermeister mußte erklären, daß dafür keine Deckung vorhanden und deshalb der Beschluß nicht ausführbar sei. Zur letzten Sitzung hatte nun die kommunistische Partei eine Reihe von Deckungsanträgen gestellt. Davon wurden die Anträge

- alle Gehälter, die 6000 RM überschreiten, um den überschüssigen Betrag zu kürzen,
- alle Vermögen von 30 000 bis 50 000 RM zu einer 10-prozentigen, solche von 50 000 bis 100 000 RM zu einer 20-prozentigen, solche von 100 000 RM und darüber zu einer 25-prozentigen Vermögensabgabe heranzuziehen,
- alle Einkommen über 20 000 RM mit einer Sondersteuer von 20 Proz. zu belegen,

als gesetzlich unzulässig, und ein weiterer Antrag, Einsparungen bei dem Voranschlagsposten „Festlichkeiten“ zur Deckung zu verwenden, wegen Nichtvorhandenseins solcher Ersparnisse als gegenstandslos festgestellt. Angenommen wurde lediglich der Antrag, die restlichen Mittel für die Förderung des Luftverkehrs aus Teilvoranschlag 3 der Stadtasse im Betrage von rund 900 000 RM für die Zwecke der Winterbeihilfen zu verwenden, und zwar soll der Betrag der Rotgemeinschaft zur Verfügung gestellt werden. Der in der Sitzung gestellte sozialdemokratische Antrag, die 780 000 RM durch Nachtragsumlage aufzubringen, wozu die Erhöhung der Umlagefuß um 21,94 Proz. nötig gewesen wäre, verfiel der Ablehnung.

Am die Selbstverwaltung der Gemeinden

Der „Badische Beobachter“ schreibt im Hinblick auf die Tatsache, daß in vielen Städten und Gemeinden die Staatsaufsichtsbehörde eingreifen muß, um den geordneten Gang der Finanzverwaltung zu gewährleisten, u. a.: „Es war immer der Stolz der Gemeinden, ihre Finanzen und ihren Haushalt selbst zu ordnen. Man führte gegen die Staatsaufsicht einen heftigen Kampf, und nun diese Übermüdung und Verantwortungslosigkeit, die uns so weniger zu verstehen ist, als das Abschließen der Verantwortung auf den Staatskommissar keine Erleichterung der Steuerlasten bedeutet, sondern eben lediglich den Vollzug derselben in andere Hände legt. Es mag bequemer sein, sich diktieren zu lassen, als Mut zur Verantwortung aufzubringen, allein es ist beutlich, wenn durch Versagen der lebendigen Mitarbeit der Bürgerchaft in der Selbstverwaltung das Interesse an dem Gemeinwesen geschwächt wird. Das Vertrauen in die Verwaltung der Gemeinden und ihre Kreditwürdigkeit wird durch die Preisgabe der Selbstbestimmung schwer erschüttert.“

Der Landeskommissar in Mannheim hat für die Stadt **Weinheim** (Bergstraße) die Erhebung der erhöhten Biersteuer, sowie die Erhebung einer Bürgersteuer und einer erhöhten Umlage angeordnet. — Im Stadtrat wurde ein Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder, die Vergütung für die Stadträte auf je 50 RM im Jahre festzusetzen, einstimmig angenommen. Da dies jedoch keine Vergütung im Sinne der Gemeindeordnung ist, dürfte der Beschluß rechtsunwirksam sein und wieder aufzuheben werden.

Ladenburg kommt ohne Nachtragssatz aus. Der Gemeindeverwaltung ist es durch Einsparungen gelungen, trotz rascher Zunahme der Wohlfahrtslasten eine Nachtragssumme und Kostensenkung zu vermeiden. Für Notstandsarbeiten, bei denen Ausgehenerlei Beschäftigung finden, wurden Darlehensmittel in Höhe von 40 000 RM aufgenommen.

In Baden-Baden werden die Gehälter der städtischen Beamten ab 1. Februar 1931 wie diejenigen der Reichs- und Staatsbeamten eine Kürzung erfahren. Die Bürgermeister gehören nicht zu den Beamten, auf welche die Bestimmungen der Notverordnungen des Reichspräsidenten zwangsweise Anwendung finden. Gleichwohl erklärten sich Oberbürgermeister Eifner und Bürgermeister Dr. Rothke und Oberbürgermeister L. R. Piefer bereit, sich dem für die Beamten verfügbaren Gehaltsabzug zu unterziehen.

Zu den Vorgängen, die sich in der Bürgerauschussführung in Lörrach bei Beratung der Gemeindebesitz- und Getränkesteuern ereignete, erfahren wir noch folgendes: Schon zu Beginn der Sitzung herrschte eine gespannte Atmosphäre, da man von Anfang an sich darüber klar war, daß es sich um die Frage handele, ob die Gemeinde Lörrach ihre Selbstverwaltung aufgeben sollte oder nicht. Bürgermeister Dr. Grafer, oft von den Kommunisten unterbrochen, legte die Gründe dar, die zur Vorlage geführt haben, mit der das derzeitige Defizit der Stadt von 185 000 RM gedeckt werden sollte. Er bat zum Schluß, daß der Bürgerauschuss nicht zum Totengräber der Selbstverwaltung werde und das Recht der Freiheit seiner Entschlüsse aufbehalte. Es kam sodann zu den bereits gemeldeten Tumultszenen, die Bürgermeister Dr. Grafer veranlaßten, die Sitzung zu unterbrechen. Als die Polizei erschien, die die ausgewiesenen Kommunisten zum Verlassen des Saales aufforderte und schließlich zu Gewaltmitteln greifen mußte, entstand eine wilde Salsägerei, Stühle flogen an die Wand, geschmetterten Bilder, und das Licht wurde für einen Augenblick ausgeblendet. Schließlich behielt die Polizei doch die Oberhand und die Ruhe trat wieder ein.

In der ersten Sitzung des neuen Bürgerauschusses in Bellingen wurde die Deckungsvorlage für den Fehlbetrag von 151 000 RM im Voranschlag 1930/31 mit 42 gegen 35 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten außer Zentrum und dem

Evangelischen B. K. Dienst sämtliche anderen Parteien. Heute hat sich bereits der Landeskommissär von Konstanz mit einem Zwangsset für Bellingen zu befassen.

Der Gemeinderat Singen a. S. nahm zu der seinerzeit durch die Oppositionsstellung der Kommunisten, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten erfolgten Ablehnung der Nachtragssumme nochmals Stellung. Die genannten Parteien beharrten auch diesmal auf ihrem Standpunkte und lehnten die Steuerdorschläge ab. Die Staatsaufsichtsbehörde wird nunmehr eingreifen haben.

Durch den Landeskommissär für die Bezirke Konstanz, Bellingen, Waldshut wurde in Sachen der Zwangssetzierung der Stadt Konstanz nach Beratung des Beirats des Landeskommissärs beschlossen, die Gemeindeumlage um 20 Proz. auf 120 Proz. zu erhöhen und die Schankverzehsteuer in Höhe von 10 Proz. einzuführen. Damit wird also das noch ungedeckte Defizit von 200 000 RM ausgeglichen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

des Präsidenten des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland über die Festsetzung der Mindestlöhne an Grundbesitz nach § 70 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Vom 30. Dezember 1930.

Der Verwaltungsausschuss — geschäftsführende Ausschuss — des Landesarbeitsamts hat nach Anhörung des landwirtschaftlichen Fachauschusses in seiner Sitzung vom 22. Dezember 1930 beschlossen, die Ziff. 3 seiner Anordnung vom 3. Dezember 1928 wie folgt zu ändern:

Mindestlöhne an Weinbergbesitz oder -pachtland:

Nr.	Ertragswertklasse (je ha)	Mindestlöhne
1-23	100 000-7501	1/2 Hektar
24-41	7500-2001	1/3 Hektar
42-47	2 000 und darunter	1/4 Hektar

Dieser Beschluß tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1931 an in Kraft.
Stuttgart, den 30. Dezember 1930.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Ernannt:

Staatsanwalt Dr. Hans Stallmann in Mannheim zum Amtsgerichtsrat in Kehl; die Gerichtsbevollmächtigte Martin Knapp beim Amtsgericht Pforzheim, Gustav Rippoldt beim Amtsgericht Bellingen und Friedrich Frank beim Amtsgericht Freiburg zu Justizoberinspektoren, Werkmeister Josef Ehrband bei den Strafanstalten in Bruchsal zum Inspektor.

Befördert:

Oberaufseher Ebnard Bärle beim Landesgefängnis Mannheim zum Landesgefängnis Freiburg; die Aufseher Heinrich Bender beim Bezirksgefängnis Schopfheim zum Landesgefängnis Mannheim und Josef Eug beim Landesgefängnis Freiburg zum Bezirksgefängnis Schopfheim.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:

Amtsgerichtsrat Helmut Schnitzler in Kehl bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Verstorben:

Justizoberinspektor Anton Gennhöfer beim Amtsgericht Lauderbachshausen.

Personalveränderungen in der Rechtsanwaltschaft.

Zugelassen als Rechtsanwälte:

Die Rechtsanwältinnen Rudolf Waber beim Amtsgericht Baden, Landgericht Karlsruhe und der Kammer für Handelssachen in Pforzheim, Dr. Friedrich Zinckgräf beim Amtsgericht Weinheim und Landgericht Mannheim nach Verzicht auf seine Zulassung beim Amtsgericht Überlingen und Landgericht Konstanz, Regierungsrat i. e. R. Ludwig Gansenmüller beim Landgericht Heidelberg.

Verzichtet auf Zulassung:

Rechtsanwalt Karl König beim Landgericht Heidelberg.

COLOSSEUM

Heute 8 Uhr

Abschiedsvorstellung

der zur Zeit gastierenden Künstler

Am Neujahrstag, den 1. Januar, abends 8 Uhr

Premiere

der großen Kriminal-Ausstattungs-Revue

Der schwarze Diamant

Unerhörtes Tempo!

Fabelhafte Ausstattung!

Prominente Berliner Besetzung!

K. 869

Bad. Kunstverein e. V.

Waldstraße 3

AUSSTELLUNG

vom 31. Dez. 30. bis 16. Januar 31

Elsässische Künstler

Ferner Kollektionen von: Mar. Heilbrunner, München, Carl und Hermann G. Kricheldorf, München, Carl Stolz, Bad Homburg, Henry Parayre, Paris; Plastiken, Graphik von Fritz Gartz-Söcking, A. Spitz-Minseln und Herm. Zeillinger-Kho.

Geöffnet: Werktags 10 bis 1 Uhr und 2-4 Uhr
Sonnags 11 bis 1 Uhr und 2-4 Uhr
Am Neujahrstag geöffnet! K. 870
Eintritt für Nichtmitglieder: 50 Rpf.

Staatstechnikum

Badische Höhere Technische Lehranstalt

Karlsruhe, Moltkestraße 9.

Anmeldungen zum Besuch der Anstalt im bevorstehenden Sommer-Studienjahre sind spätestens bis zum 15. Januar 1931 an die Direktion schriftlich zu richten. Aufnahme- und Nachprüfungen finden von Montag, den 23. März bis Donnerstag, den 26. März 1931 statt. Die Einweisung der Studierenden ist am Freitag, den 27. März 1931, 11 Uhr. Der Unterricht wird Freitag, den 27. März 1931, 15 Uhr eröffnet. Alles Nähere ist aus dem Programm ersichtlich, das gegen Vereinfachung einer Gebühr von 50 Rpf. zugügl. Porto erhältlich ist. K. 840

Die Direktion:

H. Eifenlohr.

Bekanntmachung

Der auf Dienstag, den 13. Januar 1931, vormittags 10 Uhr im Rathaus Mörch anberaumte Versteigerungstermin in Sachen gegen Knipold Köhler, Bädermeister Eheleute in Mörch ist aufgehoben. K. 205

Karlsruhe, den 29. Dezember 1930.

Badisches Notariat II — als Vollstreckungsgericht —

Öffentliche Mahnung

Die Gläubiger, für welche vor dem 1. Januar 1931 Einträge in unsern Grund- und Pfandbüchern eingetragen sind, werden hiermit aufgefordert, sie für den noch geschuldeten Betrag erneuern zu lassen. K. 864

Die innerhalb sechs Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge werden gestrichen werden. Ein Verzeichnis der in unsern Büchern vor dem 1. Januar 1931 eingeschriebenen Einträge liegt in den Diensträumen des Pfandgerichts zu jedermanns Einsicht offen. Dertingen, 27. Dez. 1930.

Das Pfandgericht: Diehm, Bürgermeister. Deuschlein, Ratsh. r.



Badisches Landestheater

Donnerstag, 1. Jan. 1931

Nachmittags

Der große Christoph

Weihnachtsmärchen von Ulrich von der Trenck

Regie: v. d. Trenck.

Mitwirkende: Gernath, Frauendorfer, Genter, Seiling, Schreiner, Gufe, Kurz, Gemme, Graf, Herz, Höder, Just, Kuhne, Mehner, Müller, Prüter, Schulze, Grimm, Lutzer, Ribinius, Seibert

Anfang 15 Ende 17

Preise 0,40-3 RM

Abends

* D 12. (Donnerstagmiete)

Carmen

Oper von Bizet

Dirigent: Schwarz

Regie: Dr. Waag

Mitwirkende:

Blanz, Fijebach, Grünwald-Schjert, Winter, Kospach, Rainbach, Piefer, Löser, Rentwig, Nitsch, Kleinbus

Anfang 19 Ende 22

Preise D (1-8 RM)

Freitag, den 2. Jan. 1931

* F 12. (Freitagmiete)

Th.-Gem. 1301-1400

Der Kaufmann

von Benedig

Luffspiel von Shalespeare

Regie: Dr. Waag

Mitwirkende:

Bertram, Rabenmacher, Schreiner, Baumbach, Dahlen, Gemme, Graf, Herz, Hied, Just, O. Kienjcher, Kuhne, Mehner, Müller, Prüter, Schulze, Grimm, S. Kienjcher, Lutzer

Anfang 20 Ende 22 1/2

Preise A (0,70-5 RM)

Sa. 3. 1. Zum erstenmal:

Elisabeth von England. So. 4. 1. Die Walküre. Im Kongertshaus: Die Sade, die sich Liebe nennt. No. 5. 1. Elisabeth von England.

Im Städt. Konzerthaus

Donnerstag, 1. Jan. 1931

Meine Schwester und ich

Operette in zwei Akten u. einem Vor- und Nachspiel nach Verx und Verneuil von Robert Blum

Gesangstexte und Musik von Ralph Benatzky

Dirigent: Keilberth

Regie: v. d. Trenck

Mitwirkende:

Genter, Jant, Seiberlich, Seiling, Brand, Graf, Kneble, Kuhne, Mehner, Müller, Prüter, S. Kienjcher

Anfang 19 1/2 Ende 22 1/2

I. Parkett 3,50 RM

PORPHYRWERK

DOSENHEIM

HANS VATTER

DOSENHEIM A. B. BRÜGGER

LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Öffentliche Verbands-Sparkasse St. Peter

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen	RM	Schulden	RM
1. Kassenbestand	11 454,20	1. Spareinlagen	266 723,25
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale	34 387,98	2. Aufwertungs-spareinlagen	127 514,68
3. Wertpapiere	—	3. Giro- u. Kontoforrent-einlagen	4 492,32
4. Wechsel	—	4. Anlehensschulden	—
5. Darlehen a. Hypotheken	142 450,—	5. Sonstige Kapitalschulden	—
6. Darlehen in laufender Rechnung	—	6. Ausgaberrückstände	2,—
7. Darlehen in Schuldscheinen	83 490,—	7. Reingewinn 1929	2 800,—
8. Darlehen an Gemeinden	—	8. Rücklagen:	
9. Aufwertungsfordernngen	60 222,94	a) gesetzliche	8 196,95
10. Einnahmerückstände	18 078,67	b) Sonderrücklagen	—
11. Forderungen	500,—		
12. Aufwertungsfehlbetrag	59 205,38		
	409 789,17		409 789,17

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8% aus 271 215,57 RM Einlagen = 21 697,20 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 11 056,95 RM
Somit zu wenig = 10 640,25 RM

St. Peter (Baden), den 30. Dezember 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:

Maier, Bürgermeister

Der Geschäftsleiter:

Gremmelspacher

Verbandssparkasse Schönau b. H.

(Öffentliche Sparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	9 449,93	1. Spareinlagen	680 796,15
2. Guthaben bei Banken — Girozent. Betriebskapital	17 700,—	2. Aufwertungs-spareinlagen	177 980,38
3. Wertpapiere	33 902,75	a) Aufwertungs-abrechnungskonto	27 325,36
4. Wechsel	23 005,56	3. Giro- u. Kontoforrent-einlagen	48 199,80
5. Darlehen a. Hypotheken	588 572,45	4. Anlehensschulden	123 055,24
6. Darlehen in laufender Rechnung an Privatsachen	175 783,96	5. Sonstige Kapitalschulden	68 366,47
7. Darlehen a. Schuldscheinen:		6. Ausgaberrückstände	1 792,21
a) an Privatsachen	92 721,40	7. Rücklagen aus früheren Jahren	31 514,51
b) öffentl. Körperschaften	38 462,—	8. Reingewinn vom Jahre 1929	14 406,79
8. Grundstückskaufgelder	3 570,—		
9. Aufwertungs-forderungen	126 872,81		
10. Einnahmerückstände	37 969,—		
11. Gerätschaften	427,—		
	1 153 436,86		1 153 436,86

Berechnung der Rücklage:

Die Rücklage hat zu betragen:

8% der Einlagen, aus 708 995,95 RM = 56 719,68 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 45 921,30 RM
Somit weniger = 10 798,38 RM

Schönau b. H., den 23. Dezember 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:

Mannschott, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:

Bäitner.

Inserieren bringt Gewinn!